



dsb

datenschutzbeauftragte
des kantons zürich

Leitfaden

Datenschutz im Sozialbereich

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Bearbeiten von Personendaten	3
3	Bekanntgabe von Personendaten	4
3.1	Voraussetzungen im Einzelnen	4
3.1.1	Gesetzliche Grundlage	4
3.1.2	Einwilligung	5
3.1.3	Unmittelbar drohende Gefahr für Leib und Leben	5
3.1.4	Amtshilfe	5
3.2	Interessenabwägung	6
3.2.1	Entgegenstehende rechtliche Bestimmungen	6
3.2.2	Überwiegendes öffentliches oder privates Interesse	6
4	Grundprinzipien des Datenschutzes	7
4.1	Gesetzmässigkeit	7
4.2	Verhältnismässigkeit	7
4.3	Zweckbindung	7
4.4	Erkennbarkeit	7
4.5	Informationssicherheit	7
4.6	Verantwortlichkeit	7
4.7	Kontrolle	8
5	Auskunft gegenüber der betroffenen Person	8
6	Aktenverwaltung	8

7	Praxisbeispiele	9
7.1	Gefährdungsmeldung.....	9
7.2	Informieren über Gefährdungssituation trotz Geheimhaltungswunsch.....	10
7.3	Anzeige einer Straftat.....	10
7.4	Adressbekanntgabe eines Alimentenschuldners.....	11
7.5	Behördenmitglied mit verschiedenen Funktionen.....	12
7.6	Information des nicht sorgeberechtigten Elternteils.....	12
7.7	Erteilen von Auskünften und Herausgabe von Akten an Gerichte.....	14
7.8	Weitergabe von Informationen trotz Weigerung der betroffenen Person.....	15
7.9	Vertrauensärztliche Abklärung.....	15
7.10	Zugang zu amtlichen Informationen.....	16
	Anhang: Begriffe und Rechtsgrundlagen	18

1 Einleitung

Die Aufgaben im Sozialbereich werden von verschiedenen kantonalen und kommunalen Behörden, aber auch privaten Leistungserbringern erfüllt, die eng zusammenarbeiten. Dabei sind diese Stellen auf den Austausch von Informationen angewiesen. In der Regel handelt es sich bei solchen Informationen um sensitive Daten der betroffenen Personen.

Die im Sozialbereich tätigen Behörden und Fachstellen gelten als öffentliche Organe im Sinne des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG). Ihre Mitarbeitenden haben im Umgang mit Informationen die Vorgaben des IDG sowie der zugehörigen Verordnung (IDV) einzuhalten. Daneben sind die zahlreichen fachspezifischen Datenschutzbestimmungen im SHG, KJHG, ZGB, VZAE usw. zu beachten. Der einfacheren Lesbarkeit halber werden die Rechtsgrundlagen im Text abgekürzt und im Anhang aufgeführt. Dort findet sich auch eine Definition der wichtigsten Begriffe.

Bei der Bekanntgabe von Informationen sind verschiedene Interessen gegeneinander abzuwägen. Die Mitarbeitenden sehen sich vor Gegensätze gestellt wie etwa Melde- oder Anzeigepflichten einerseits und Pflicht zur Verschwiegenheit andererseits. Dabei besteht das Risiko, sich der Verletzung des Amts- oder Berufsgeheimnisses strafbar zu machen. Zudem setzt die Aufgabenerfüllung oft ein Vertrauensverhältnis zu den Klientinnen und Klienten voraus, das bei einer Bekanntgabe von Informationen gefährdet werden kann.

Mitarbeitende im Sozialbereich müssen wissen, wie sie mit sensitiven Informationen umzugehen haben. Der Leitfaden führt die allgemeinen Voraussetzungen für den Umgang mit sensitiven Informationen aus und veranschaulicht diese an zehn ausgewählten Praxisbeispielen.

2 Bearbeiten von Personendaten

Die Bearbeitung von Personendaten greift immer in die Grundrechte (Art. 10 Abs. 2 und Art. 13 BV) der betroffenen Person ein. Sie ist deshalb nur erlaubt, wenn sie zur Erfüllung der gesetzlich umschriebenen Aufgaben geeignet und erforderlich ist (§ 8 Abs. 1 IDG). Besondere Personendaten dürfen nur gestützt auf eine hinreichend bestimmte Regelung in einem formellen Gesetz bearbeitet werden (§ 8 Abs. 2 IDG). Damit wird das in der Bundesverfassung (Art. 5 BV) verankerte Gesetzmässigkeitsprinzip im IDG konkretisiert (siehe Ziffer 4.1, Seite 7).

Die Sozialbehörde darf beispielsweise die Personendaten von Hilfesuchenden erheben, die für die Abklärung eines Anspruchs auf persönliche oder wirtschaftliche Hilfe notwendig sind (vgl. § 18 SHG). Die Jugendhilfestellen dürfen die für die Abklärung und den Vollzug der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen erforderlichen Personendaten bearbeiten (§ 23 in Verbindung mit § 16 KJHG). Die hilfesuchende oder antragstellende Person ist dabei – abgesehen von der freiwilligen Beratung – regelmässig zur Mitwirkung verpflichtet, indem sie die zur Abklärung eines Anspruchs notwendigen Angaben machen muss (§§ 12 und 18 SHG, §§ 21 ff. KJHG, § 7 VRG).

Zudem müssen auch die weiteren Grundprinzipien des Datenschutzes (siehe Ziffer 4, Seite 7 f.) beachtet werden.

3 Bekanntgabe von Personendaten

Die Bekanntgabe von Personendaten ist eine Art des Bearbeitens (§ 3 IDG). Entsprechend greift auch die Bekanntgabe von Personendaten in die Grundrechte der betroffenen Person ein.

Personendaten dürfen nach § 16 Abs. 1 IDG und § 17 Abs. 1 IDG bekannt gegeben werden, wenn

- a) eine rechtliche Bestimmung beziehungsweise bei besonderen Personendaten eine hinreichend bestimmte Regelung in einem formellen Gesetz dazu ermächtigt,
- b) die betroffene Person im Einzelfall in die Bekanntgabe eingewilligt hat (ausdrücklich bei besonderen Personendaten) oder
- c) es im Einzelfall zur Abwendung einer drohenden Gefahr für Leib und Leben unentbehrlich oder der notwendigen Schutz anderer wesentlicher Rechtsgüter höher zu gewichten ist.

Eine Bekanntgabe ist weiter möglich im Rahmen der Amtshilfe. Benötigt ein anderes öffentliches Organ im Einzelfall (besondere) Personendaten, um seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können, kann eine Bekanntgabe der verlangten Informationen erfolgen (§ 16 Abs. 2 IDG, § 17 Abs. 2 IDG).

Vor der Bekanntgabe von Informationen muss regelmässig im Rahmen einer Interessenabwägung geprüft werden, ob der Bekanntgabe rechtliche Bestimmungen oder überwiegende öffentliche beziehungsweise private Interessen entgegenstehen (§ 23 IDG).

Sind die Voraussetzungen nach § 16 IDG beziehungsweise § 17 IDG nicht erfüllt, dürfen keine Personendaten beziehungsweise besonderen Personendaten bekannt gegeben werden, auch nicht inoffiziell. Offen bleibt die Möglichkeit, in einem Fall anonyme Hinweise zu erteilen, also ohne dass Rückschlüsse auf betroffene Personen gezogen werden können.

3.1 Voraussetzungen im Einzelnen

3.1.1 Gesetzliche Grundlage

Die Bekanntgabe von Personendaten ist zulässig, wenn sie sich auf eine gesetzliche Grundlage stützt (§ 16 Abs. 1 lit. a IDG). Für die Bekanntgabe von besonderen Personendaten ist eine hinreichend bestimmte Regelung in einem formellen Gesetz erforderlich (§ 17 Abs. 1 lit. a IDG). Im Sozialbereich bestehen viele spezialgesetzliche Vorschriften, die eine Bekanntgabe von Personendaten und besonderen Personendaten erlauben oder gar vorschreiben. Beispiele sind:

- Mitteilung an die Kinderschutzbehörde, wenn die körperliche, psychische oder sexuelle Integrität des Kindes gefährdet erscheint (Art. 314c ZGB), Erstattung von Strafanzeigen (§§ 167 f. GOG)
- Gefährdungsmeldungen an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Art. 443 ZGB)
- Mitteilungen der Sozialbehörde an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (§ 22 SHG)
- Informationen an Ausländerbehörden (Art. 82b VZAE, § 47a SHG)
- Verdachtsmeldungen an Sozialhilfeorgane (§ 47b SHG)
- Informationsaustausch unter Sozialhilfeorganen (§ 47c SHG)
- Datenaustausch bei der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (§ 47d SHG)
- Pflichten zur Auskunftserteilung (§ 48 SHG)
- Verdachtsmeldungen an Steuerbehörden (§ 121 StG)
- Informationen und Auskünfte an nicht sorgeberechtigte Elternteile (Art. 275a ZGB)

3.1.2 Einwilligung

Im Einzelfall ist die Bekanntgabe von Personendaten gestützt auf die Einwilligung der betroffenen Person möglich (§ 16 Abs. 1 lit. b IDG). Eine Einwilligung ist nur gültig, wenn die betroffene Person freiwillig und nach ausreichender Information über die Informationsflüsse und die Folgen der Bekanntgabe eingewilligt hat. Die Einwilligung hat sich auf den konkreten Fall zu beziehen und muss sich zu Absender und Empfänger der Information äussern sowie zum Zweck der Datenbekanntgabe. Ein Kind kann selbst über seine Personendaten bestimmen und damit in eine Bekanntgabe seiner Personendaten einwilligen, wenn es urteilsfähig ist (Art. 16 ZGB). Für die Bekanntgabe besonderer Personendaten ist eine ausdrückliche Einwilligung erforderlich (§ 17 Abs. 1 lit. b IDG). Diese ist durch die betroffene Person schriftlich zu erteilen und von der Behörde oder Fachstelle in den Akten abzulegen. Die betroffene Person kann ihre Einwilligung grundsätzlich jederzeit widerrufen.

3.1.3 Unmittelbar drohende Gefahr für Leib und Leben

Wenn es zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leib und Leben notwendig ist, können im Einzelfall Personendaten ohne gesetzliche Grundlage und ohne Einwilligung der betroffenen Person bekannt gegeben werden (§ 16 Abs. 1 lit. c IDG und § 17 Abs. 1 lit. c IDG). Dies gilt beispielsweise bei einer erheblichen und ernstzunehmenden Drohung gegenüber einem Behördenmitglied.

3.1.4 Amtshilfe

Benötigt ein öffentliches Organ Personendaten zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben, kann es ein anderes öffentliches Organ um Amtshilfe ersuchen (§ 16 Abs. 2 IDG und § 17 Abs. 2 IDG). Ein öffentliches Organ hat die verlangten Personendaten bekannt zu geben, wenn alle folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- es liegt eine Anfrage eines um Amtshilfe ersuchenden öffentlichen Organs vor (auf Verlangen ist diese schriftlich zu begründen),
- die verlangten Personendaten werden zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des anfragenden öffentlichen Organs benötigt und
- die gesetzlich umschriebene Aufgabe kann nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand auf andere Weise erfüllt werden (Grundsatz der Subsidiarität).

Die Bekanntgabe von Personendaten im Rahmen der Amtshilfe ist nur im Einzelfall zulässig. Regelmässige, ohne entsprechende Anfrage erfolgende Mitteilungen von Personendaten von einer Behörde an eine andere erfordern eine gesetzliche Grundlage. Eine aktive Amtshilfe, bei der eine Behörde einer anderen Behörde von sich aus und ohne eine Ermächtigung in einer gesetzlichen Grundlage Personendaten bekannt gibt, ist unzulässig. Die Voraussetzungen der Amtshilfe sind auch zwischen verschiedenen Stellen desselben Amtes oder Gemeinde einzuhalten beispielsweise zwischen dem Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe und der Alimentenhilfe oder dem Sozial- und dem Steueramt. Eine Behörde grenzt sich von der anderen durch ihren Zuständigkeitsbereich ab.

In hängigen Verwaltungs-, Zivil- oder Strafverfahren kommen die Amts- beziehungsweise Rechtshilfebestimmungen der anwendbaren Verfahrensgesetze (VRG, ZPO, StPO) zur Anwendung.

3.2 Interessenabwägung

Vor der Bekanntgabe von Personendaten hat das öffentliche Organ eine Interessenabwägung vorzunehmen. Die Bekanntgabe ist ganz oder teilweise zu verweigern oder aufzuschieben, wenn eine rechtliche Bestimmung oder ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse der Bekanntgabe entgegensteht (§ 23 IDG).

3.2.1 Entgegenstehende rechtliche Bestimmungen

Der Bekanntgabe von Personendaten entgegenstehende rechtliche Bestimmungen sind insbesondere das Amtsgeheimnis (Art. 320 StGB, § 51 PG) und seine spezialgesetzliche Ausgestaltung (§ 8 GG, § 47 SHG, § 10 SPMV) sowie das Berufsgeheimnis (Art. 321 StGB). Diese gesetzlichen Geheimhaltungspflichten gelten nicht nur gegenüber Privaten, sondern sind auch zwischen verschiedenen Behörden und Fachstellen zu beachten.

Allgemeine Schweigepflichten wie das Amtsgeheimnis stehen aber einer Auskunftserteilung nicht grundsätzlich im Weg. Liegt für die Bekanntgabe von Personendaten eine Ermächtigung in einer gesetzlichen Bestimmung vor, beispielsweise in Form eines Anzeige- oder Melderechts, so ist eine Bekanntgabe trotz Amtsgeheimnis möglich. Es braucht dafür keine formelle behördliche Entbindung von der Schweigepflicht durch die vorgesetzte Behörde. Weiter rechtfertigen die Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leib und Leben sowie die Amtshilfe die Bekanntgabe von Personendaten trotz Amtsgeheimnis. Ist nur die betroffene Person an der Geheimhaltung interessiert, kann ihre Einwilligung die Bekanntgabe ihrer Personendaten rechtfertigen. Die betreffenden Mitglieder einer Behörde oder Fachstelle entscheiden in diesen Fällen selbstständig über die Bekanntgabe von Personendaten. Obwohl sie dem Amtsgeheimnis unterstehen, machen sie sich nicht strafbar.

Wird ein Mitglied beispielsweise der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder Sozialbehörde in einem Verwaltungs-, Zivil- oder Strafverfahren als Partei, Zeuge oder Sachverständiger befragt, ist eine formelle Entbindung vom Amtsgeheimnis durch die vorgesetzte Behörde erforderlich (§ 143 VVO PG). Diese entscheidet unter Abwägung des Interesses an der Wahrheitsfindung einerseits und an der Geheimhaltung andererseits über Art und Umfang der Auskunftserteilung (Aussage, Gutachten, Amtsbericht).

Das unter anderem für Ärzte und deren Hilfspersonen geltende Berufsgeheimnis (Art. 321 StGB) wird durch die eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen über die Zeugnis- und Auskunftspflicht (z.B. § 15 GesG) gegenüber einer Behörde eingeschränkt (Art. 321 Ziff. 3 StGB). Die allgemeinen Anzeige- und Meldepflichten beziehungsweise rechte sind jedoch zu wenig bestimmt, um den Anforderungen zur Aufhebung des Berufsgeheimnisses zu genügen. Die Geheimnisträger können sich in solchen Fällen von der vorgesetzten Behörde oder der Aufsichtsbehörde vom Berufsgeheimnis entbinden lassen (Art. 321 Ziff. 2 StGB).

3.2.2 Überwiegendes öffentliches oder privates Interesse

Ein überwiegendes öffentliches, der Bekanntgabe von Personendaten entgegenstehendes Interesse liegt beispielsweise vor, wenn die Bekanntgabe den Meinungsbildungsprozess einer Behörde beeinträchtigen würde (§ 23 Abs. 2 lit. b IDG; vgl. Praxisbeispiel Ziffer 7.10, Seite 16).

Ein überwiegendes privates, der Bekanntgabe von Personendaten entgegenstehendes Interesse liegt insbesondere vor, wenn durch die Bekanntgabe die Privatsphäre Dritter beeinträchtigt würde (§ 23 Abs. 3 IDG; vgl. Praxisbeispiel Ziffer 7.10, Seite 16).

4 Grundprinzipien des Datenschutzes

Jede Bearbeitung von Personendaten ist nur rechtmässig, wenn die folgenden sieben Grundprinzipien beachtet werden:

4.1 Gesetzmässigkeit

Das in der Bundesverfassung verankerte Gesetzmässigkeitsprinzip verlangt, dass jedes Verwaltungshandeln auf einer Rechtsgrundlage beruht (Art. 5 BV). Es soll dem staatlichen Handeln einerseits die notwendige Legitimation verschaffen, dieses andererseits beschränken. Umgesetzt auf den Datenschutz bedeutet das Grundprinzip der Gesetzmässigkeit, dass öffentliche Organe Personendaten grundsätzlich nur bearbeiten dürfen, wenn dafür eine gesetzliche Grundlage besteht (§ 8 IDG; siehe Seite 3 f.).

4.2 Verhältnismässigkeit

Personendaten dürfen nur bearbeitet – und damit auch bekannt gegeben – werden, wenn diese für die zu erfüllende Aufgabe geeignet und erforderlich sind (§ 8 Abs. 1 IDG). Somit dürfen keine Personendaten erhoben werden, für die keine unmittelbare Notwendigkeit besteht.

4.3 Zweckbindung

Personendaten dürfen nur zu dem Zweck bearbeitet werden, zu dem sie erhoben worden sind, ausser wenn eine rechtliche Bestimmung eine weitere Verwendung ausdrücklich vorsieht oder die betroffene Person im Einzelfall ihr Einverständnis gibt (§ 9 Abs. 1 IDG). Ausserdem darf das öffentliche Organ Personendaten bearbeiten, wenn sie anonymisiert werden und aus den Auswertungen keine Rückschlüsse auf die betroffenen Personen möglich sind (§ 9 Abs. 2 IDG).

4.4 Erkennbarkeit

Die Beschaffung von Personendaten und insbesondere der Zweck ihrer Bearbeitung müssen für die betroffenen Personen erkennbar sein. Das öffentliche Organ informiert dazu die betroffenen Personen über die Beschaffung von Personendaten, auch wenn die Daten bei Dritten beschafft werden (§ 12 Abs. 1 IDG). Die Information enthält Angaben zur Art der beschafften Daten, zu den Rechtsgrundlagen und zum Zweck der Bearbeitung (§ 12 Abs. 2 IDG). Die Informationspflicht entfällt unter anderem, wenn die Beschaffung von Personendaten gesetzlich vorgesehen ist (§ 12 Abs. 3 lit. b IDG). Das Grundprinzip der Erkennbarkeit gilt für die ursprüngliche Beschaffung von Personendaten, nicht jedoch, wenn diese im Rahmen der Amtshilfe bei einer anderen Behörde beschafft werden.

4.5 Informationssicherheit

Das Grundprinzip der Informationssicherheit bedeutet, dass Personendaten durch angemessene organisatorische und technische Massnahmen zu schützen sind, insbesondere gegen unbefugte Zugriffe (§ 7 IDG). Der Zugriff auf Personendaten über Klientinnen und Klienten ist auf diejenigen Mitarbeitenden zu beschränken, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Akten sind unter Verschluss zu halten und elektronische Informationen durch Passwörter zu schützen. Besondere Personendaten sollten per E-Mail nur verschlüsselt versandt werden. Ist eine Verschlüsselung nicht möglich, muss eine andere Versandart gewählt werden.

4.6 Verantwortlichkeit

Die Verantwortung liegt beim öffentlichen Organ, das Personendaten zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben bearbeitet. Es bleibt auch dann für den Umgang mit Personendaten verantwortlich, wenn es das Bearbeiten an einen Dritten überträgt (z.B. Auslagerung eines Informatiksystems; § 6 IDG).

4.7 Kontrolle

Die betroffene Person kann Auskunft über ihre eigenen, von einem öffentlichen Organ bearbeiteten Personendaten verlangen (§ 20 Abs. 2 IDG; siehe Ziffer 5). Zudem hat die betroffene Person das Recht, die Berichtigung oder Vernichtung unrichtiger Personendaten zu verlangen (§ 21 IDG). Das Grundprinzip Kontrolle beinhaltet zudem, dass die Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich die Anwendung der Vorschriften über den Datenschutz durch die öffentlichen Organe überwacht und diese in Fragen des Datenschutzes unterstützt und berät (§§ 34 ff. IDG).

5 Auskunft gegenüber der betroffenen Person

Jede Person hat das Recht auf Auskunft über die Personendaten, die bei einem öffentlichen Organ über sie vorhanden sind (§ 20 Abs. 2 IDG). Das Auskunftsrecht kann jederzeit geltend gemacht werden. Die gesuchstellende Person hat beim betreffenden Organ ein schriftliches Gesuch zu stellen und sich zu identifizieren (§ 16 Abs. 1 und 3 IDV).

Die Auskunft umfasst alle Personendaten, die über die gesuchstellende Person bei einem öffentlichen Organ vorhanden sind, unabhängig davon, wer diese erstellt hat (Organ selbst oder z.B. ein Arzt) und in welcher Form diese vorliegen (elektronisch oder in Papier). Neben den vorhandenen Personendaten hat das angefragte Organ die Rechtsgrundlage und den Zweck der Bearbeitung sowie die beteiligten Stellen und regelmässigen Empfänger bekannt zu geben (§ 18 Abs. 3 IDV).

Die Auskunft kann durch das angefragte öffentliche Organ nur verweigert oder aufgeschoben werden, wenn der Bekanntgabe eine rechtliche Bestimmung oder ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse entgegensteht (§ 23 Abs. 1 IDG). Verweigert das Organ die Auskunft ganz oder teilweise oder schiebt es diese auf, so hat es dies der gesuchstellenden Person gegenüber innerhalb von 30 Tagen mittels begründeter und anfechtbarer Verfügung mitzuteilen (§§ 27 f. IDG).

Die Auskunft wird in der Regel schriftlich (Ausdruck, Fotokopie) oder mit der Zustimmung der gesuchstellenden Person mündlich erteilt (§ 18 Abs. 1 IDV). Für die Bearbeitung von Auskunftsgesuchen dürfen grundsätzlich keine Gebühren erhoben werden (§ 29 Abs. 1 lit. b IDG).

In Verfahren kann auch Akteneinsicht nach dem für das betreffende Verfahren massgeblichen Verfahrensrecht (VRG, ZPO, StPO; siehe auch Art. 449b ZGB) verlangt werden.

6 Aktenverwaltung

Soweit die Aufbewahrung und Archivierung von Informationen öffentlicher Organe nicht spezialgesetzlich geregelt ist, sind für elektronische und auf Papier vorhandene Informationen § 5 IDG und das kantonale Archivgesetz sowie die zugehörige Archivverordnung massgebend.

Solange für die Arbeit regelmässig auf bestimmte Informationen und Findmittel (Listen, Register, Verzeichnisse usw.) zugegriffen werden muss, bewahrt das öffentliche Organ diese bei sich auf. Wird ein Fall abgeschlossen, beispielsweise infolge Wegzugs einer Klientin oder eines Klienten, gilt es noch allfällige Rechtsmittel- (§ 22 und § 53 VRG) und Verjährungsfristen (z.B. § 30 SHG) abzuwarten. Bestehen keine solchen Fristen, können Informationen soweit erforderlich noch während maximal zehn Jahren seit Fallabschluss aufbewahrt werden (§ 5 Abs. 2 IDG). Vorbehalten bleiben Bestimmungen, die eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen (z.B. § 61 EG KESR: 100 Jahre für Adoptionsakten, 50 Jahre für die übrigen Akten aus abgeschlossenen Verfahren vor der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde).

Die Informationen sind so zu verwalten, dass das Verwaltungshandeln nachvollziehbar und die Rechenschaftsfähigkeit gewährleistet ist (§ 5 Abs. 1 IDG). Akten der Fürsorgebehörden sind chronologisch (vgl. § 32 SHV) und nach bestimmten Kategorien zu ordnen, beispielsweise Personalienbogen, Unterlagen der Klientin oder des Klienten, Abklärungen.

Nach Ablauf dieser Aufbewahrungsfrist bietet das öffentliche Organ die Informationen dem zuständigen Archiv an (§ 5 Abs. 3 IDG, § 8 Abs. 1 Archivgesetz). Bezirke, Gemeinden und selbstständige Anstalten führen eigene, für die Archivierung von Informationen zuständige Archive (§ 6 Abs. 1 Archivgesetz). Das Staatsarchiv als zentrales Archiv des Kantons Zürich berät und beaufsichtigt diese Archive (§ 5 Archivgesetz).

Das zuständige Archiv entscheidet nach Anhörung des öffentlichen Organs über die Archivwürdigkeit von Akten (§ 6 Abs. 2 Archivverordnung). Archivwürdig sind beispielsweise Akten, die voraussichtlich von wissenschaftlichem oder historischem Wert sind (§ 6 Abs. 1 Archivverordnung). Informationen, die nicht archiviert werden, sind durch das öffentliche Organ zu vernichten (§ 5 Abs. 3 IDG und § 8 Abs. 3 Archivgesetz). Die Einsichtnahme in Archivbestände richtet sich nach den Bestimmungen des IDG (§ 10 Abs. 1 Archivgesetz), wobei §§ 11 ff. Archivgesetz vorbehalten bleiben.

7 Praxisbeispiele

7.1 Gefährdungsmeldung

Eine Schulsozialarbeiterin stellt bei einer von ihr betreuten siebenjährigen Schülerin klare Hinweise auf eine körperliche Misshandlung fest. Wen muss sie informieren, mit welchen anderen Personen darf sie diese Information austauschen?

Erlangt eine Person in ihrer amtlichen Tätigkeit Kenntnis von einer Gefährdung des körperlichen oder geistigen Wohls eines Kindes und kann im Rahmen ihrer Tätigkeit nicht Abhilfe schaffen, ist sie verpflichtet, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Meldung zu erstatten (Art. 314d Abs. 1 ZGB). Die Schulsozialarbeiterin unterliegt dieser Meldepflicht.

Die Pflicht zur Erstattung einer Anzeige bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde stellt eine gesetzliche Ermächtigung zur Bekanntgabe von Personendaten dar (§ 17 Abs. 1 lit. a IDG). Das Amtsgeheimnis (§ 8 GG) als gesetzliche Geheimhaltungspflicht wird durch die Anzeigepflicht durchbrochen. Eine formelle behördliche Entbindung vom Amtsgeheimnis durch die vorgesetzte Behörde ist grundsätzlich nicht notwendig. Die Anzeigenerstattung stellt keine Verletzung des Amtsgeheimnisses dar.

Mit § 6 c Abs. 2 KJHG besteht zudem eine gesetzliche Grundlage für den Datenaustausch mit weiteren im Einzelfall beteiligten Stellen – etwa mit Lehrkräften. Voraussetzung des Austausches ist die Vermutung der Gefährdung des Kindeswohls (§ 6a Abs. 3 lit. b KJHG). Zweck des Austausches muss es sein, zur Beseitigung der Gefährdung der Schülerin beizutragen (§ 3 lit. c KJHG). Die Schulsozialarbeiterin darf sich also mit der Lehrperson der Schülerin über den Fall austauschen, um ein klareres Bild der Gefährdung der Schülerin zu erhalten und so die geeigneten Massnahmen ergreifen zu können.

7.2 Informieren über Gefährdungssituation trotz Geheimhaltungswunsch

Wie hat eine von der Jugendhilfestelle angestellte Beiständin mit Informationen über Gefährdungssituationen aus dem familiären Umfeld umzugehen, wenn der Informant ausdrücklich Geheimhaltung wünscht? Muss die Beiständin den Willen des Informanten respektieren, wenn andere Personen in Gefahr sind?

Als Angestellte der Jugendhilfestelle ist die Beiständin bezüglich Angelegenheiten, die sie in ihrer amtlichen Funktion wahrnimmt, grundsätzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet (§ 51 PG). Gleichzeitig ist die Beiständin bei Kenntnis einer Gefährdung des körperlichen oder geistigen Kindeswohls zur Anzeige verpflichtet (Art. 314d Abs. 1 ZGB). Die Beiständin hat dem Informanten diese Umstände aufzuzeigen. Bei einer konkreten Gefährdung des Kindeswohls hat die Beiständin eine Anzeige an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zu machen.

Die Pflicht zur Anzeige stellt eine gesetzliche Ermächtigung zur Bekanntgabe von Personendaten dar (§ 17 Abs. 1 lit. a IDG). Die Anzeige wegen einer konkreten Gefährdung des Kindeswohls geht dem Wunsch des Informanten um Geheimhaltung vor und kann deshalb auch gegen seinen ausdrücklichen Willen erfolgen. Eine formelle behördliche Entbindung vom Amtsgeheimnis durch die vorgesetzte Behörde ist nicht notwendig. Die Beiständin macht sich nicht strafbar wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses.

Die Beiständin kann andere Behörden oder Personen informieren, wenn dies zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leib und Leben des betroffenen Kindes oder anderer Personen notwendig ist (§ 17 Abs. 1 lit. c IDG). Die akute Gefährdungssituation rechtfertigt die Bekanntgabe von Personendaten und überwiegt das Interesse des Informanten um Geheimhaltung.

Die Beiständin hat wenn möglich gegenüber der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und anderen Personen nur die Information über die Gefährdungssituation bekannt zu geben, nicht die Identität des Informanten.

7.3 Anzeige einer Straftat

Eine Sozialbehörde einer Gemeinde beauftragte eine private Institution mit der Durchführung der persönlichen Hilfe (§ 13 lit. c SHG). Sie bietet Beratung zum Thema Sucht und Prävention an. Es wird ausdrücklich auf die Schweigepflicht des Beraters hingewiesen. Wie geht dieser damit um, wenn ein Klient ihm eine Straftat gesteht?

Die private Institution ist mit der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe betraut und gilt somit als öffentliches Organ (§ 3 Abs. 1 lit. c IDG). Der Berater hat als Angestellter dieser Institution strafbare Handlungen, die er in Ausübung seiner Amtstätigkeit wahrnimmt, bei den Strafverfolgungsbehörden grundsätzlich anzuzeigen. Da die Beratung in der Regel ein persönliches Vertrauensverhältnis zum Klienten voraussetzt, ist der Berater zur Anzeige berechtigt, jedoch nicht verpflichtet (§ 167 Abs. 1 GOG).

Das Recht zur Erstattung einer Anzeige bei den Strafverfolgungsbehörden stellt eine gesetzliche Ermächtigung zur Bekanntgabe von Personendaten dar (§ 17 Abs. 1 lit. a IDG). Vor der Erstattung einer Strafanzeige muss der Berater das Geheimhaltungsinteresse des Klienten dem Interesse der Strafverfolgungsbehörden auf Kenntnis der Straftat gegenüberstellen (§ 23 IDG). Ausschlaggebend sind unter anderem das Ausmass und die Schwere der Straftat sowie die Folgen einer Strafanzeige für den Klienten.

Die Schweigepflicht als gesetzliche Geheimhaltungspflicht wird durch das Anzeigerecht durchbrochen. Eine formelle behördliche Entbindung von der Schweigepflicht (§ 47 SHG) ist grundsätzlich nicht notwendig. Wenn der Berater im Rahmen einer Strafuntersuchung als Zeuge einvernommen werden soll, ist eine schriftliche Entbindung von der Schweigepflicht notwendig (Art. 320 Ziff. 2 StGB). Beamtinnen und Beamte sowie Mitglieder von Behörden können das Zeugnis über Geheimnisse verweigern, die ihnen in ihrer amtlichen Ei-

genschaft anvertraut worden sind oder die sie bei der Ausübung ihres Amtes wahrgenommen haben (Art. 170 StPO, Art. 110 Ziff. 3 StGB). Sie haben aber auszusagen, wenn sie von ihrer vorgesetzten Behörde zur Aussage schriftlich ermächtigt worden sind. Die vorgesetzte Behörde erteilt die Ermächtigung zur Aussage, wenn das Interesse an der Wahrheitsfindung das Geheimhaltungsinteresse überwiegt. Im Falle des Beraters hat die Entbindung von der Schweigepflicht durch das Sozialamt beziehungsweise die Sozialbehörde zu erfolgen, welche die Beratungsstelle mit der Durchführung der persönlichen Hilfe betraut hat.

7.4 Adressbekanntgabe eines Alimentenschuldners

Darf ein Mitarbeiter der Jugendhilfestelle, der Beistand zur Regelung des Besuchsrechts ist, der Sachbearbeiterin der Alimentenhilfe die Adresse des Unterhaltspflichtigen mitteilen?

Die Adresse des Schuldners ist ein Personendatum (§ 3 Abs. 3 IDG). Die Voraussetzungen der Bekanntgabe von Personendaten sind grundsätzlich auch zwischen dem Beistand und der Sachbearbeiterin der Alimentenhilfe einzuhalten, auch wenn diese der gleichen Jugendhilfestelle angehören.

Bei der Anmeldung zur Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen hat die gesetzliche Vertreterin beziehungsweise der gesetzliche Vertreter des Kindes (Inhaber bzw. Inhaberin der elterlichen Sorge / Vormund bzw. Vormundin) oder das volljährige Kind selbst die Adresse und den Arbeitgeber des Unterhaltspflichtigen beizubringen (§ 35 AlimV in Verbindung mit Art. 9 Abs. 1 InkHV). Nur falls die antragstellende Person die Adresse nicht beibringen kann, kann die Sachbearbeiterin den Besuchsrechtsbeistand um die Bekanntgabe der Schuldneradresse ersuchen. Die Sachbearbeiterin der Alimentenhilfe benötigt die Schuldneradresse zur Vollstreckung der Unterhaltsbeiträge und damit zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Ein Interesse des Schuldners an der Geheimhaltung seiner Adresse (§ 23 IDG) mag das Interesse an der Bekanntgabe der Adresse zwecks Einforderung der geschuldeten Unterhaltsbeiträge grundsätzlich nicht zu überwiegen.

Die Bekanntgabe der Schuldneradresse ist also im Rahmen der Amtshilfe zulässig. Eine Entbindung vom Amtsgeheimnis ist nicht notwendig. Der Besuchsrechtsbeistand macht sich nicht wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses strafbar.

Der Schuldner muss nicht darüber informiert werden, dass seine Adresse im Rahmen der Amtshilfe bekannt gegeben wurde. Der Inhaber des Informationsbestandes ist bei der Beschaffung von Personendaten zwar verpflichtet, die betroffene Person über den Zweck ihrer Bearbeitung zu informieren (§ 12 Abs. 1 IDG). Dies gilt jedoch nur für die ursprüngliche Beschaffung von Personendaten, nicht für jene im Rahmen der Amtshilfe (siehe Ziffer 4.4, Seite 7).

Einzelne Fachgesetze beinhalten allerdings eine Verpflichtung zur Information der betroffenen Person, wenn über diese Informationen eingeholt werden. So unterrichtet beispielsweise die Sozialbehörde die Hilfesuchenden vorgängig oder in gewissen Fällen im Nachhinein, wenn sie weitere Auskünfte einholt beziehungsweise eingeholt hat (§ 18 Abs. 5 SHG).

7.5 Behördenmitglied mit verschiedenen Funktionen

Ein Behördenmitglied kann gleichzeitig Mitglied der Sozialbehörde und der Schulpflege sein. Wie geht es damit um, dass es in der einen Funktion offiziell nicht wissen darf, was es in der anderen Funktion erfährt?

Besonders in kleinräumigen Verhältnissen kommt es vor, dass eine Person mehrere Funktionen bei verschiedenen Behörden wahrnimmt. Ein Behördenmitglied ist sowohl bei der Sozialbehörde als auch bei der Schulpflege zur Verschwiegenheit verpflichtet (§ 47 SHG, § 8 GG). Die Schweigepflicht gilt auch zwischen verschiedenen Behörden. So darf das Behördenmitglied eine Information, über die es aufgrund seiner Funktion bei der Sozialbehörde verfügt, in seiner Funktion bei der Schulpflege nur verwenden, wenn die Information bekannt gegeben werden darf. Es gelten somit grundsätzlich dieselben Voraussetzungen wie bei der Bekanntgabe von Informationen zwischen personell getrennten Behörden.

Stösst ein Behördenmitglied im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Schulpflege auf Umstände, die einen konkreten und für den Fall erheblichen Verdacht auf unrechtmässige Erwirkung von Sozialhilfeleistungen begründen, hat es dies als Mitglied der Sozialbehörde als Anzeige gemäss § 47b Abs. 1 SHG entgegenzunehmen.

Diese Anzeigepflicht stellt eine gesetzliche Ermächtigung zur Bekanntgabe von Personendaten dar (§ 17 Abs. 1 lit. a IDG). Eine formelle Entbindung von der Schweigepflicht ist nicht notwendig. Die Strafbarkeit wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses entfällt.

7.6 Information des nicht sorgeberechtigten Elternteils

Ein geschiedenes Ehepaar wird durch eine Beraterin der Jugendhilfestelle zum Besuchsrecht beraten. Darf die Beraterin den nicht sorgeberechtigten Elternteil über die Besprechungsinhalte mit dem sorgeberechtigten Elternteil informieren? Dürfen weitere Familienangehörige informiert werden (beispielsweise über die Gründe einer Fremdplatzierung)?

Über den Besprechungsinhalt mit dem sorgeberechtigten Elternteil darf die Beraterin den nicht sorgeberechtigten Elternteil nur dann informieren, wenn ersterer dazu ausdrücklich eingewilligt hat. Ist das Kind urteilsfähig, muss auch seine Einwilligung eingeholt werden. Die Einwilligung rechtfertigt die Bekanntgabe von Personendaten (§ 17 Abs. 1 lit. b IDG).

Der sorgeberechtigte Elternteil oder der Inhaber der Obhut (z.B. Heimleitung oder Pflegeeltern) oder der Vormund ist jedoch verpflichtet, den Elternteil ohne elterliche Sorge über wichtige Ereignisse im Leben des Kindes zu informieren und vor Entscheidungen anzuhören (Art. 275a Abs. 1 ZGB). Die Pflicht zur Information über wichtige Ereignisse stellt eine gesetzliche Ermächtigung zur Bekanntgabe von Personendaten dar (§ 17 Abs. 1 lit. a IDG). Die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 51 PG) wird durch diese gesetzliche Informationspflicht durchbrochen. Eine formelle behördliche Entbindung durch die vorgesetzte Behörde ist nicht notwendig. Die Strafbarkeit wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses entfällt.

Weitere Familienangehörige dürfen über die Gründe einer Fremdplatzierung eines Familienmitgliedes nur informiert werden, wenn das betreffende Familienmitglied in die Bekanntgabe ausdrücklich eingewilligt hat (§ 17 Abs. 1 lit. b IDG). Ist die Person nicht urteilsfähig, bedarf es der Einwilligung ihrer gesetzlichen Vertretung.

Hat der nicht sorgeberechtigte Elternteil ein Recht auf Auskunft von Personen, die an der Betreuung des Kindes beteiligt sind?

Von Drittpersonen, die an der Betreuung des Kindes beteiligt sind, wie Lehrkräfte, Ärztinnen und Ärzte oder Erziehungsbeistände, kann der Elternteil ohne elterliche Sorge gleich wie der sorgeberechtigte Elternteil Auskünfte über den Zustand und die Entwicklung des Kindes einholen und zwar ohne dass der sorgeberechtigte

Elternteil anwesend ist (Art 275a Abs. 2 ZGB). Die Pflicht zur Auskunft über den Zustand und die Entwicklung des Kindes stellt eine gesetzliche Ermächtigung zur Bekanntgabe von Personendaten dar (§ 17 Abs. 1 lit. a IDG). Sowohl das Amts- als auch das medizinische Berufsgeheimnis können durch diese gesetzliche Auskunftspflicht durchbrochen werden. Eine formelle behördliche Entbindung vom Amts- oder Berufsgeheimnis durch die vorgesetzte Behörde oder Aufsichtsbehörde ist nicht notwendig. Die Strafbarkeit wegen Verletzung des Amts- oder Berufsgeheimnisses entfällt.

Die Auskünfte an den Elternteil ohne elterliche Sorge haben sich auf den Zustand und die Entwicklung des Kindes in dem von der Drittperson betreuten Bereich zu beschränken (z.B. schulischer oder therapeutischer Bereich). Erzieherische Fragen sowie Auskünfte über die familiären Verhältnisse sind auszuklammern. Lehrkräfte, Ärztinnen und Ärzte und Erziehungsbeistände sind grundsätzlich nicht verpflichtet, den Elternteil ohne elterliche Sorge von sich aus über wichtige Ereignisse zu informieren, beispielsweise über bevorstehende Schullaufbahnentscheide.

Die Persönlichkeitsrechte des Kindes und des sorgeberechtigten Elternteils sind zu wahren. Insbesondere ist der Intim- und Privatbereich des Kindes zu beachten. Das urteilsfähige Kind übt seine höchstpersönlichen Rechte selbst aus (Art. 19c Abs. 1 ZGB) und kann auch selbst über die Preisgabe von Informationen aus diesem Bereich entscheiden, beispielsweise über sein Liebesleben oder den Gebrauch von Verhütungsmitteln. Das um Auskunft ersuchte öffentliche Organ hat, wenn es über Informationen aus dem Intim- und Privatbereich des urteilsfähigen Kindes Kenntnis hat, die Auskunft aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes zu verweigern, es sei denn, das Kind willige in die Auskunftserteilung ein.

Beispiel: Das urteilsfähige Kind entscheidet selbst, welche medizinischen Behandlungen es vornehmen lassen will und wer darüber informiert werden soll. Ohne Einwilligung des urteilsfähigen Kindes dürfen Personen, die dem Arztgeheimnis unterstehen, grundsätzlich keinem der Elternteile Auskünfte darüber erteilen. Unter die ärztliche Schweigepflicht fällt beispielsweise die Verschreibung von empfängnisverhütenden Mitteln. Eine Auskunftserteilung kann zulässig sein, wenn eine gesetzliche Grundlage besteht oder ein Rechtfertigungsgrund vorliegt, etwa wenn die Auskunftserteilung der Abwendung einer Gefahr für Leib und Leben dient.

[Können die Informations- und Auskunftsrechte des nicht sorgeberechtigten Elternteils eingeschränkt werden?](#)

Wenn die Ausübung der Informations- und Auskunftsrechte das Kindeswohl gefährdet oder die Persönlichkeitsrechte von Kind oder sorgeberechtigtem Elternteil ernsthaft bedroht, können sie eingeschränkt, verweigert oder entzogen werden (Art. 275a Abs. 3 in Verbindung mit Art. 274 Abs. 2 ZGB). Können sich der sorgeberechtigte Elternteil und das Kind mit dem informationsberechtigten Elternteil nicht über Form, Inhalt und Häufigkeit der Informationen einigen, muss die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder im eherechtlichen Verfahren das Gericht darüber entscheiden. Wurde eine Einschränkung verfügt, darf das öffentliche Organ in diesem Umfang den nicht sorgeberechtigten Elternteil weder informieren noch ihm Auskunft erteilen.

7.7 Erteilen von Auskünften und Herausgabe von Akten an Gerichte

Darf die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder die Jugendhilfestelle einem Bezirksgericht unaufgefordert Informationen und Akten geben?

Für Gerichte ist das IDG nur bei der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben, nicht aber bei Ausübung der Rechtssprechungstätigkeit anwendbar. In Zusammenhang mit einem hängigen Gerichtsverfahren gelten für den Informationsaustausch und für die Herausgabe von Akten die massgebenden prozessrechtlichen Bestimmungen (§ 2b Abs. 1 IDG).

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde kann von sich aus einem Bezirksgericht Informationen bekannt geben oder Akten überweisen, wenn eine Bestimmung des Bundesrechts oder des kantonalen Rechts dazu ermächtigt. So kann die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde dem Gericht beantragen, dass das Kind im Scheidungsverfahren durch einen (Rechts-)Beistand vertreten (Art. 299 Abs. 2 lit. b ZPO) oder dass die elterliche Sorge geändert wird (Art. 134 Abs. 1 ZGB). Die Bekanntgabe von Personendaten zu diesem Zweck ist gestützt auf die gesetzliche Grundlage zulässig. Eine Entbindung vom Amtsgeheimnis ist in solchen Fällen nicht notwendig.

Für die Jugendhilfestelle besteht keine gesetzliche Grundlage für eine aktive Information oder Aktenüberweisung an das Bezirksgericht. Bei einer Kindeswohlgefährdung hat die Jugendhilfestelle die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zu informieren (Art. 314d Abs. 1 ZGB).

Unter welchen Bedingungen müssen auf Aufforderung eines Gerichts Auskünfte erteilt, Zeugenaussagen erstattet und Akten herausgegeben werden?

Im Rahmen der Mitwirkung bei der Beweiserhebung können auf Aufforderung des Gerichts schriftliche Auskünfte erteilt, Zeugenaussagen erstattet und Akten herausgegeben werden (vgl. Art. 160 ZPO). Dies unter folgenden Voraussetzungen:

Personen (ausgenommen Anwälte und Geistliche), die dem Berufsgeheimnis nach Art. 321 StGB unterstehen und die einer Anzeigepflicht unterliegen oder von der Geheimhaltungspflicht entbunden wurden, müssen bei der Beweiserhebung mitwirken. Sonst können sie die Mitwirkung verweigern. Dasselbe gilt für Beamtinnen und Beamte im Sinne von Art. 110 Ziff. 3 StGB (Behördenmitglieder, Angestellte einer öffentlichen Verwaltung), wenn es um Tatsachen geht, die ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft anvertraut wurden oder die sie bei der Ausübung ihres Amtes wahrgenommen haben (Art. 166 Abs. 1 lit. b und c ZPO). Sie müssen nur mitwirken, wenn sie einer Anzeigepflicht unterstehen oder sie von ihrer vorgesetzten Behörde zur Aussage ermächtigt wurden.

Somit müssen Auskünfte erteilt, Zeugenaussagen erstattet und Akten herausgegeben werden, wenn

- eine Anzeigepflicht besteht (hier ist keine Entbindung vom Amtsgeheimnis erforderlich), oder
- die respektive der betreffende Mitarbeitende von seiner vorgesetzten Stelle formell vom Amtsgeheimnis entbunden wurde (vgl. dazu auch § 143 VVO PG, Art. 320 Ziff. 2 StGB). Die vorgesetzte Stelle hat jeweils unter Abwägung des Interesses an der Wahrheitsfindung einerseits und an der Geheimhaltung andererseits über Art und Umfang der Auskunftserteilung zu entscheiden.

Keine Pflicht zur Mitwirkung bei der Beweiserhebung durch ein Gericht besteht für Personen, die als Vormund respektive Vormundin oder Beiständin respektive Beistand einer Partei eingesetzt sind (Art. 165 Abs. 1 lit. e ZPO). Wer bei einer Ehe- oder Familienberatung oder einer Stelle für Familienmediation für ein Ehepaar tätig gewesen ist, kann in einem eherechtlichen Verfahren die Mitwirkung bei der Beweiserhebung verweigern (Art. 166 Abs. 1 lit. d ZPO).

7.8 Weitergabe von Informationen trotz Weigerung der betroffenen Person

Parallel zu der Beratung eines geschiedenen Paares in Besuchsrechtsfragen bei der Jugendhilfestelle wird das vierjährige Kind beim schulpsychologischen Dienst angemeldet. Nur die sorgeberechtigte Mutter gibt der Beraterin der Jugendhilfestelle die Entbindung zur Auskunftserteilung. Welche Informationen darf die Beraterin weitergeben, wenn der besuchsberechtigte Vater sein Einverständnis ausdrücklich verweigert?

Die Beraterin der Jugendhilfestelle kann dem schulpsychologischen Dienst (SPD) auf Ersuchen Auskunft über die Beratung erteilen, wenn dieser zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben darauf angewiesen ist. Es handelt sich hier um einen Fall der Amtshilfe (§ 17 Abs. 2 IDG). Die Beraterin kann die Auskunft grundsätzlich auch gegen den Willen des Vaters erteilen. Die Amtshilfe rechtfertigt die Bekanntgabe von Informationen über den Vater, ohne dass dadurch das Amtsgeheimnis verletzt würde. Die Interessen des besuchsberechtigten Vaters an der Geheimhaltung sind vor der Auskunftserteilung im Rahmen der Interessenabwägung zu berücksichtigen (§ 23 IDG). Dabei ist insbesondere angemessen zu berücksichtigen, dass der Vater seine Angaben der Jugendhilfestelle im Rahmen einer freiwilligen Beratung anvertraute. Je nach Resultat der Interessenabwägung, kann die Beraterin der Jugendhilfestelle dem SPD auch nur gewisse oder keine Informationen über den Vater weitergeben.

Gestützt auf die ausdrückliche Einwilligung der Mutter (§ 17 Abs. 1 lit. b IDG) kann die Jugendhilfestelle dem SPD in jedem Fall die im Rahmen der Beratung erhobenen Informationen bekannt geben, die sich auf die Mutter und das Kind beziehen. Die allein sorgeberechtigte Mutter handelt als gesetzliche Vertreterin des nicht urteilsfähigen Kindes (Art. 304 ZGB). Das Einverständnis des Vaters zur Weitergabe dieser Informationen ist dafür nicht erforderlich.

7.9 Vertrauensärztliche Abklärung

Eine um Ausrichtung wirtschaftlicher Sozialhilfe ersuchende Person gibt an, aus medizinischen Gründen derzeit keiner Arbeit nachgehen zu können. Das Sozialamt verlangt die Abklärung durch einen Vertrauensarzt und legt der gesuchstellenden Person eine Vollmachtserklärung mit folgendem Wortlaut zur Unterzeichnung vor:

«Das Sozialamt X wird ermächtigt, bei Dritten, namentlich bei Sozialversicherungen, Ärztinnen und Ärzten, Psychologinnen und Psychologen, Krankenkassen und Arbeitgebern sämtliche für die Beurteilung eines Gesuchs notwendigen Auskünfte einzuholen. Gleichzeitig gilt diese Erklärung als Entbindung vom Berufsgeheimnis.»

Das Sozialamt stellt eine Kopie der unterzeichneten Einwilligungserklärung dem Vertrauensarzt zu und bittet diesen, zum Gesundheitszustand der gesuchstellenden Person ausführlich Stellung zu nehmen. Darf das Sozialamt die gesuchstellende Person anhalten, sich einer vertrauensärztlichen Untersuchung zu unterziehen? Ist diese Vollmachtserklärung gültig?

Das Sozialamt darf grundsätzlich erst dann wirtschaftliche Sozialhilfe gewähren und einen entsprechenden Beschluss erlassen, wenn die Verhältnisse hinreichend geklärt sind (§ 31 SHV, § 7 Abs. 1 VRG). Die gesuchstellende Person trifft dabei eine Mitwirkungspflicht. Sie muss über ihre Verhältnisse wahrheitsgemäss Auskunft erteilen und Einsicht in ihre Unterlagen gewähren (§ 18 SHG, § 28 SHV, § 7 Abs. 2 VRG).

Wenn die gesuchstellende Person geltend macht, nicht arbeitsfähig zu sein, muss dieser Sachverhalt abgeklärt werden. Diese Abklärung kann auch eine vertrauensärztliche Begutachtung umfassen, wenn mit weniger weitgehenden Mitteln die Arbeitsfähigkeit der gesuchstellenden Person nicht oder nicht ausreichend abgeklärt werden kann. Weigert sich diese, sich vertrauensärztlich untersuchen zu lassen und den Vertrauensarzt von der Schweigepflicht zu entbinden, muss sie mit allfälligen Konsequenzen wie Leistungsverweigerung oder -kürzung rechnen.

Ärztinnen und Ärzte unterstehen der beruflichen Schweigepflicht (Art. 321 StGB, § 15 GesG). Diese Schweigepflicht wird durchbrochen, wenn eine klare gesetzliche Grundlage, die Einwilligung der Patientin oder des Patienten oder eine Bewilligung der vorgesetzten Behörde oder Aufsichtsbehörde vorliegt (Art. 321 Ziff. 2 und 3 StGB). Eine gesetzliche Grundlage für eine Bekanntgabe von Informationen über die gesuchstellende Person durch den Vertrauensarzt an das Sozialamt ist im konkreten Fall nicht ersichtlich. Daher ist eine Entbindung des Vertrauensarztes durch die gesuchstellende Person nötig.

Die Vollmacht, mit der die gesuchstellende Person den Vertrauensarzt zur Auskunft gegenüber dem Sozialamt ermächtigt, muss sich auf den konkreten Fall beziehen (vgl. zur Einwilligung, Ziff. 3.1.2, Seite 5). Die Vollmacht muss neben dem Sozialamt als Empfänger auch den Vertrauensarzt als Absender der Informationen namentlich nennen. Zudem hat die Vollmacht den Zweck der Bearbeitung anzugeben, in diesem Fall die vertrauensärztliche Untersuchung zur Abklärung der Arbeitsfähigkeit der gesuchstellenden Person. Die vorliegende Vollmacht ist zu wenig bestimmt, da sie nicht erwähnt, welche Informationen bei welchen Personen und Stellen zu welchem Zweck eingeholt werden dürfen. Sie bildet in dieser Form keine genügende Grundlage zur Auskunftserteilung durch den Vertrauensarzt.

7.10 Zugang zu amtlichen Informationen

[Das Sozialamt einer Zürcher Gemeinde steht in Verruf, grosszügig Sozialhilfeleistungen auszuzahlen, ohne die dafür notwendigen Voraussetzungen genau zu prüfen. Ein Journalist stellt gestützt auf § 20 Abs. 1 IDG ein Gesuch um Einsicht in die Protokolle von Sitzungen, an denen sich das Sozialamt mit der Familie X befasst hatte, die während mehrerer Jahre sozialhilfeabhängig gewesen war. Muss dem Journalisten Einsicht in diese Sitzungsprotokolle gewährt werden?](#)

Bei den Sitzungsprotokollen handelt es sich um amtliche Informationen (§ 3 Abs. 2 IDG). Sie sind grundsätzlich öffentlich und über ein Informationszugangsgesuch zugänglich. Der Journalist hat sein Gesuch schriftlich zu stellen (§§ 24 Abs. 1 IDG und 8 Abs. 1 IDV) und bei der von der Gemeinde für die Behandlung von Informationszugangsgesuchen bezeichneten Stelle einzureichen (§ 1 Abs. 4 IDV). Ein gesetzlich verankertes Sitzungsgeheimnis, wie es beispielsweise für die Gemeindebehörden gilt (§ 43 GG), bedeutet nicht automatisch, dass die Sitzungsprotokolle der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

Die Gemeinde kann die Herausgabe der Sitzungsprotokolle verweigern, wenn eine rechtliche Bestimmung oder ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse entgegensteht (§ 23 IDG). Vorliegend wäre die Familie X durch die Herausgabe der Sitzungsprotokolle in ihrer Privatsphäre beeinträchtigt. Dieses private Geheimhaltungsinteresse wird das Interesse des Journalisten um Einsicht in die Sitzungsprotokolle überwiegen. Die Gemeinde kann die Herausgabe der Sitzungsprotokolle auch gestützt auf ein überwiegendes öffentliches Interesse verweigern, beispielsweise wegen Beeinträchtigung der Meinungsbildung oder der Durchführung behördlicher Massnahmen (§ 23 Abs. 2 IDG). Gelangt die Gemeinde nach der Interessenabwägung zum Schluss, dass sie die Sitzungsprotokolle herausgeben möchte, so hat sie zuvor der Familie X Gelegenheit zur Stellungnahme innert angemessener Frist zu geben (§ 26 Abs. 1 IDG). Stimmt die Familie X der Herausgabe der Sitzungsprotokolle nicht ausdrücklich zu, hat die Gemeinde ihre Herausgabe zu verweigern (§ 26 Abs. 2 IDG).

Die Gemeinde hat dem Journalisten die Verweigerung des Zugangs zu den Sitzungsprotokollen innert 30 Tagen in einer Verfügung mitzuteilen (§ 27 Abs. 1 IDG in Verbindung mit § 28 Abs. 1 IDG). Die Verfügung hat neben einer Begründung das Rechtsmittel zu ihrer Anfechtung aufzuführen. Die Anfechtung der Verfügung richtet sich nach dem VRG.

Hätte der Journalist zu einem früheren Zeitpunkt im Anschluss an eine Sitzung, an der das Sozialamt die Anspruchsberechtigung der Familie X überprüfte, Einsicht in das betreffende Sitzungsprotokoll verlangen können?

Das Verfahren auf Überprüfung des Anspruchs auf wirtschaftliche Hilfe ist ein hängiges Verwaltungsverfahren. Das Recht auf Zugang zu Informationen richtet sich in einem hängigen Verwaltungsverfahren nach dem massgeblichen Verfahrensrecht (vorliegend Akteneinsicht gemäss § 8 VRG). Ein Informationszugangsgesuch gemäss § 20 Abs. 1 IDG ist in solchen Fällen nicht möglich (§ 20 Abs. 3 IDG). Bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens hätte der Journalist daher keine Einsicht in die Sitzungsprotokolle erhalten können, da er nicht vom Verfahren betroffen ist.

Anhang: Begriffe und Rechtsgrundlagen

Begriffe

Akteneinsicht

Als Akteneinsicht wird einerseits das verfahrensrechtliche Instrument bezeichnet, das einem Verfahrensbeteiligten die Kenntnisnahme der in einem Verfahren eingebrachten Unterlagen und Beweismittel erlaubt (z.B. § 8 VRG). Andererseits wird der Begriff oft in einem tatsächlichen Sinne verwendet und bedeutet die Gewährung des Einblicks in Arbeitsunterlagen und Aufzeichnungen.

Amtsgeheimnis

Die Angestellten sind zur Verschwiegenheit über dienstliche Angelegenheiten verpflichtet, wenn an der Geheimhaltung ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse besteht oder eine besondere Vorschrift dies vorsieht (§ 51 PG). Spezialgesetzliche Geheimhaltungsvorschriften finden sich in verschiedenen Fachgesetzen (z.B. § 8 GG, § 47 SHG). Die Verletzung des Amtsgeheimnisses ist strafbar (Art. 320 StGB).

Amtshilfe

Bekanntgabe von Personendaten an ein anderes öffentliches Organ oder an eine kantonale oder eidgenössische Behörde, wenn diese die angeforderten Personendaten im Einzelfall zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigt (§ 16 Abs. 2 IDG und § 17 Abs. 2 IDG).

Bearbeiten

Jeder Umgang mit Informationen wie das Beschaffen, Aufbewahren, Verwenden, Umarbeiten, Bekanntgeben oder Vernichten (§ 3 Abs. 5 IDG).

Bekanntgeben

Das Zugänglichmachen von Informationen wie das Einsicht gewähren, Weitergeben oder Veröffentlichen (§ 3 Abs. 6 IDG).

Berufsgeheimnis

Geistliche, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen und deren Hilfspersonen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet über Geheimnisse, die ihnen im Rahmen ihres Berufes anvertraut wurden oder die sie in dessen Ausübung wahrgenommen haben (Art. 321 StGB, Art. 13 BGFA, § 15 GesG). Die Offenbarung eines Berufsgeheimnisses ist strafbar, wenn ihr nicht eine Einwilligung der respektive des Berechtigten, eine Entbindung der vorgesetzten Behörde oder Aufsichtsbehörde oder eine gesetzliche Bestimmung über die Zeugnis- oder Auskunftspflicht gegenüber einer Behörde zugrunde liegt (Art. 321 StGB). Vom Berufsgeheimnis nicht erfasst werden Sozialarbeitende, Therapeutinnen und Therapeuten oder (Sonder-) Pädagoginnen und Pädagogen.

Besondere Personendaten

Informationen, bei denen wegen ihrer Bedeutung, der Art ihrer Bearbeitung oder der Möglichkeit ihrer Verknüpfung mit anderen Informationen die besondere Gefahr einer Persönlichkeitsverletzung besteht (§ 3 Abs. 4 IDG). Beispiel: Informationen über die Gesundheit oder Intimsphäre, über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen oder Sanktionen oder über Sozialhilfemassnahmen. Ebenfalls zur Kategorie der besonderen Personendaten gehören Zusammenstellungen von Informationen, die eine Beurteilung wesentlicher Aspekte der Persönlichkeit natürlicher Personen erlauben, sogenannte Persönlichkeitsprofile.

Gesetzliche Grundlage

Rechtliche Bestimmung auf Stufe eines formellen Gesetzes, einer Verordnung oder Weisung, eines Reglements usw. (§ 16 Abs. 1 lit. a IDG).

Hinreichend bestimmte Regelung in einem formellen Gesetz

Die Bearbeitung besonderer Personendaten muss in einem formellen Gesetz geregelt sein, das heisst die Bestimmung muss vom Gesetzgeber erlassen sein (Kantonsrat, Gemeindeversammlung oder -parlament) (§ 8 Abs. 2 IDG und § 17 Abs. 1 lit. a IDG). Die Regelung muss hinreichend bestimmt sein (vgl. Weisung zum IDG, [ABl 2005](#), S. 1306 f. und 1313).

Informationen

Alle Aufzeichnungen, welche die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe betreffen, unabhängig von ihrer Darstellungsform und ihrem Informationsträger. Ausgenommen sind Aufzeichnungen, die nicht fertiggestellt oder die ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch bestimmt sind (§ 3 Abs. 2 IDG).

Öffentliches Organ

Als Öffentliche Organe im Sinne von § 3 Abs. 1 IDG gelten der Kantonsrat, die Gemeindeparlamente sowie die Gemeindeversammlungen, Behörden und Verwaltungen des Kantons und der Gemeinden. Ebenso sind öffentliche Organe Organisationen und Personen des öffentlichen und privaten Rechts, wenn sie mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraut sind.

Das IDG gilt nicht, wenn öffentliche Organe am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnehmen und dabei nicht hoheitlich handeln (§ 2 c IDG). Für Gerichte und Strafverfolgungsbehörden gilt das IDG nur, soweit Spezialgesetze keine Regelungen enthalten. Bei Gerichtsverfahren und Verfahren von Strafverfolgungsbehörden richten sich die Rechte betroffener Personen und die Einsichtsrechte Dritter nach den spezialgesetzlichen Bestimmungen (§ 2 b Abs. 1 und 2 IDG).

Personendaten

Informationen, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare Person beziehen (§ 3 Abs. 3 IDG).

Rechtshilfe

Unterstützungshandlung unter Behörden im Rahmen eines Justizverfahrens (z.B. § 7 Abs. 3 VRG).

Zeugnispflicht

Pflicht, vor einem Zivil-, Straf- oder Verwaltungsgericht oder einer Untersuchungsbehörde als Zeuge auszusagen (z.B. Art. 160 ZPO, Art. 163 StPO). Ein Zeugnisverweigerungsrecht im Strafverfahren steht den Verwandten, Verschwägerten, Ehegattinnen oder Ehegatten, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner von Angeschuldigten, aber auch Ärztinnen und Ärzten, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie Geistlichen zu. Im Zivilverfahren können zudem Vormundinnen und Vormunde, Beiständinnen und Beistände sowie nicht vom Amtsgeheimnis entbundene Angestellte das Zeugnis verweigern.

Rechtsgrundlagen

Bund

- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV), [SR 101](#)
- Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz, BGFA), [SR 935.61](#)
- Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB), [SR 311.0](#)
- Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO), [SR 312.0](#)
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB), [SR 210](#)
- Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO), [SR 272](#)
- Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE), [SR 142.201](#)
- Verordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltansprüchen (Inkassohilfeverordnung, InkHV), [SR 211.214.32](#)

Kanton Zürich

- Archivgesetz, [LS 170.6](#)
- Archivverordnung, [LS 170.61](#)
- Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR), [LS 232.3](#)
- Gemeindegesetz (GG), [LS 131.1](#)
- Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG), [LS 211.1](#)
- Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG), [LS 170.4](#)
- Gesundheitsgesetz (GesG), [LS 810.1](#)
- Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), [LS 852.1](#)
- Personalgesetz (PG), [LS 177.10](#)
- Sozialhilfegesetz (SHG), [LS 851.1](#)
- Steuergesetz (StG), [LS 631.1](#)
- Verordnung über die Alimentenhilfe (AlimV), [LS 852.13](#)
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV), [LS 170.41](#)
- Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV), [LS 852.12](#)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz (SHV), [LS 851.11](#)
- Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG), [LS 175.2](#)
- Volksschulgesetz (VSG), [LS 412.100](#)
- Vollzugsverordnung zum Personalgesetz (VVO), [LS 171.111](#)

V 2.8 / November 2022